

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Stefan Schmidt, Matthias Gastel, Victoria Broßart, Denise Loop, Timon Dzienus, Julia Schneider, Michael Kellner, Julian Joswig und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Folgen der Klimakrise für den Tourismus

Die touristische Sommersaison war erneut geprägt von hohen Temperaturen und zunehmenden Extremwetterereignissen. Dabei handelte es sich nicht nur um großflächige Waldbrände u. a. in Belgien, Frankreich oder Griechenland, sondern auch um anhaltende Dürreperioden und zunehmende Hitzetage in Deutschland (vgl. https://rp-online.de/panorama/deutschland/westeuropa-erlebt-heissesten-sommer-seit-beginn-der-aufzeichnungen_aid-152882835). Die Folgen der Klimakrise treffen den Tourismus zunehmend und machen sich immer deutlicher und folgenschwerer bemerkbar (vgl. www.sueddeutsche.de/wirtschaft/deutschland-tourismus-uebernachtungsrekord-halbjahr-li.3529617). Beliebte Reiseregionen wie Mittelgebirge, Flusslandschaften, Seengebiete, Küsten und Naturparks leiden besonders unter Trockenheit und Dürre. Sinkende Pegelstände beeinträchtigen den Schiffsverkehr auf vielen Gewässern und die erhöhte Waldbrandgefahr führt zur Sperrung von Wanderwegen und Campingplätzen. Zudem beeinträchtigen die hohen Temperaturen sowohl die Gesundheit der Reisenden als auch den Zustand der touristischen Infrastruktur (vgl. www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/duerre-starkregen-hitzewellen-beeintraechtigen). Extreme Hitze begünstigt zudem weiteres Extremwetter, da bei hohen Temperaturen mehr Wasser in der Atmosphäre gespeichert werden kann, was häufig zu Unwettern und Starkregen mit Überschwemmungen und Bodenerosion führt (vgl. www.spiegel.de/wissenschaft/clausius-clapeyron-gesetz-wie-sich-das-extremwetter-am-mittelmeer-durch-formel-erklaeren-laesst-a-228942e0-99ba-4cf6-b1ce-fc23f79d9372). Diese Entwicklungen gefährden mittel- bis langfristig die Existenz ganzer touristischer Geschäftsmodelle und Destinationen. Erstmals ist beispielsweise auch in den hochgelegenen Gletscherskigebieten der Alpen kein Skisport im Sommer möglich (vgl. www.faz.net/aktuell/reise/alpen-erstmal-seit-50-jahren-kein-skifahren-mehr-im-sommer-accg-201132702.html). Auch der Deutsche Tourismusverband (DTV) forderte in diesem Sommer angesichts der unmittelbaren Auswirkungen von Hitze und Extremwetterereignissen auf Natur- und Erlebnisräume, Infrastruktur und touristische Angebote in den Destinationen, notwendige Investitionen in entsprechende Maßnahmen zur Klimaanpassung zu fördern. Zudem sollte nach Auffassung des DTV die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure deutlich verstärkt werden (vgl. www.deutschtourismusverband.de/presse/detail/hitzewaldbrandgefahr-unwetter-tourismus-bei-klimaanpassung-mitdenken). Trotz dieser Entwicklungen und ihrer bereits heute weitreichenden, teils existenzbedrohenden Folgen für Mensch und Natur und damit auch für die Grundlage eines ausgewogenen Tourismus, lassen die Bundesregierung und ihr zuständiger Koordinator für maritime Wirtschaft und Tourismus nach Ansicht der Fragestellenden bislang wenig Bereitschaft zu konkretem Handeln in der nationa-

len Tourismuspolitik erkennen. Auch die Nationale Tourismusstrategie enthält in ihren Augen kein umfassendes Gesamtkonzept, um den inländischen Tourismus vor den Folgen der Klimakrise zu schützen. Die Aussagen von Bundeskanzler Merz, alles zu tun, um den Klimawandel zurückzudrängen, die er mit Blick auf Waldbrände in Nordrhein-Westfalen getätigt hat, werfen nun Fragen nach ihrer tatsächlichen Umsetzung und ihrer Rolle für den Tourismus auf (vgl. www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/merz-waldbrand-eifel-100.html).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Inwiefern hat die Bundesregierung bereits Kenntnisse zu den Auswirkungen des diesjährigen Hitzesommers auf den Tourismus, insbesondere auf:
 - a) die Umsätze und die Besucherzahlen touristischer Betriebe (z. B. in der Gastronomie und Freizeitwirtschaft),
 - b) die regionale Auslastung und Verteilung des Besucheraufkommens in den Destinationen,
 - c) die Entwicklung saisonaler Beschäftigungsverhältnisse im Tourismus,
 - d) den Städte- und Kulturtourismus?
2. Inwiefern hat die Bundesregierung Kenntnisse über touristische Infrastrukturangebote (wie z. B. Wanderwege, Naturerlebnispfade, Campingplätze, Freizeitparks, Sportanlagen, Bootsverleihe), die in diesem Sommer aufgrund von Hitzetagen, Dürreperioden, Wassermangel, Waldbrandgefahr oder anderen hitzebedingten Schäden vorübergehend eingeschränkt betrieben oder vollständig geschlossen wurden (bitte nach Grund der Schließung aufschlüsseln), und wenn nicht, aus welchen Gründen hat die Bundesregierung in ihrer koordinierenden Funktion keine Kenntnisse?
3. Inwiefern hat die Bundesregierung Kenntnisse oder erste Schätzungen über die Kosten für die Tourismusbranche, die im Zusammenhang mit Extremwetterereignissen im Sommer 2026 stehen, z. B. Sturmschäden im Elbsandsteingebirge (vgl. www.n-tv.de/panorama/Sachsenforst-sperrt-Nationalpark-Saechsische-Schweiz-id31148491.html) oder Unwetter am Bodensee (vgl. www.merkur.de/welt/aussenwelt-abgeschnitten-heftige-unwetterzelle-schlaegt-in-alpen-und-bodensee-zu-stadtteil-von-zr-94464828.html)?
4. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie sich die Pegelstände in den für die Flusskreuzfahrt und den sonstigen touristischen Verkehr relevanten Flüssen (Rhein, Donau, Mosel, Main, Elbe und Oder) und Gewässern (Bodensee, Müritz, Königssee, Chiemsee, Steinhuder Meer) in den Sommermonaten entwickelt haben und welchen Einfluss diese auf die Schiffbarkeit hatten?
5. Inwiefern sind der Bundesregierung Einschränkungen für die Flusskreuzfahrt und den sonstigen touristischen Verkehr in Deutschland bekannt, die durch niedrige Pegelstände oder andere klimabedingte Einflüsse bedingt sind (vgl. www.handelsblatt.com/unternehmen/dienstleister/niedrige-pegelstaende-was-ist-wenn-die-flussreise-ins-wasser-faellt/100244977.html), und wenn ja, welche politischen Konsequenzen leitet sie hieraus ab?
6. Inwiefern ist eine Fortsetzung des sogenannten „Spitzengesprächs Niedrigwasser“ (www.bmv.de/SharedDocs/DE/Artikel/K/spitzengespraech-niedrigwasser.html) geplant und sollen zukünftig touristische Akteure und Verbände ebenfalls beteiligt werden und wenn nicht, aus welchen Gründen?

7. Plant die Bundesregierung in ihrer koordinierenden Funktion weiterhin kein dauerhaftes Monitoring in Kooperation mit den Bundesländern zu möglichen Umwelt- und Klimafolgen sowie zur Klimaanfälligkeit touristischer Destinationen und Infrastrukturen einzuführen (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 17 der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 21/969, S. 9), und wenn ja, aus welchen Gründen nicht?
8. Inwieweit hat das BMW in diesem Sommer Termine oder Gesprächsformate mit der Branche sowie mit Vertreterinnen und Vertretern von Ländern und Kommunen zu aktuellen touristischen Themen durchgeführt (z. B. ein Tourismuspolitisches Forum) und wenn ja, zu welchen konkreten Themen und mit welchen Akteuren, und wenn nein, aus welchen Gründen nicht (bitte einzeln angeben)?
9. Plant die Bundesregierung in den nächsten Wochen ein Gesprächsformat (z. B. ein Tourismuspolitisches Forum), das sich mit den Folgen der Klimakrise auf den Tourismus und dem vergangenen Hitzesommer befasst und wenn ja, inwiefern, und wenn nein, aus welchen Gründen nicht?
10. Inwiefern beabsichtigt die Bundesregierung, die Empfehlungen von Verbänden wie dem Deutschen Tourismusverband (DTV) (vgl. www.deutschtourismusverband.de/presse/detail/hitze-waldbrandgefahr-unwetter-tourismus-bei-klimaanpassung-mitdenken) zur Stärkung der touristischen Perspektive bei der Klimaanpassung aufzugreifen, und wenn nicht, aus welchen Gründen?
11. Plant die Bundesregierung, die Folgen der Klimakrise, wie zunehmende Extremwetterereignisse, noch stärker in der Nationalen Tourismusstrategie zu berücksichtigen, und wenn ja, inwiefern, und wenn nein, aus welchen Gründen nicht?
12. Welche konkreten Folgen haben die Aussagen des Bundeskanzlers, alles zu tun, um den Klimawandel zurückzudrängen (vgl. www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/merz-waldbrand-eifel-100.html), für den Tourismus und welche politischen Maßnahmen plant die Bundesregierung in diesem Zusammenhang kurz- und mittelfristig umzusetzen?
13. Inwiefern plant die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Aussagen des Bundeskanzlers, alles zu tun, um den Klimawandel zurückzudrängen (vgl. ebd.), auch vergangene, nach Ansicht der Fragestellenden klimaschädliche Maßnahmen, wie etwa die Senkung der Luftverkehrsteuer (vgl. www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/senkung-luftverkehrsteuer-2418542) oder die Abschaffung der nationalen PtL-Quote (Power-to-Liquid-Quote), wieder rückgängig zu machen, und wenn nicht, aus welchen Gründen?
14. Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung, um Reisende und Beschäftigte im Tourismus künftig besser vor den Folgen von Extremwetterereignissen wie beispielsweise Hitze oder Trockenheit zu schützen?
15. Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung, um touristische Destinationen, Betriebe und Infrastrukturen künftig besser vor den Folgen von Extremwetterereignissen wie beispielsweise Hitze oder Trockenheit zu schützen?
16. Inwiefern plant die Bundesregierung, finanzielle Anreize oder Förderprogramme zu schaffen bzw. aufzustocken, um touristische Betriebe bei investiven Klimaanpassungsmaßnahmen (z. B. Beschattung, Wassermanagement, Hitzeschutz) zu unterstützen (bitte nach Einzelplan, Kapitel, Titel (inklusive Titelnummer) sowie Betrag (Soll-Ansatz und Verpflichtung)

tungsermächtigungen) aufschlüsseln), und wenn nicht, aus welchen Gründen?

Berlin, den 3. September 2026

Katharina Dröge, Britta Haßelmann und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.